

An den
Vorsitzenden des Rates der Stadt Dortmund

11.12.2007

Gemeins. Zusatz- /Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt

Sitzungsart:	Stellungnahme	TOP-Nr.:
öffentlich		2.2
Gremium:		Beratungstermin:
Rat der Stadt Dortmund		13.12.2007

Tagesordnungspunkt

Klinikum Dortmund gGmbH - Kapitalzuführung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

1. Der Rat stellt fest, dass die gegenwärtig bekannten Zukunftsszenarien unter Berücksichtigung von Marktberaumigungsprozessen den Schluss zu lassen, dass das Klinikum Dortmund durch konsequente Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen langfristig überlebensfähig ist.
2. Der Rat lehnt eine Privatisierung des Klinikums ab. Die Geschäftspolitik privater Kliniken basiert vorrangig auf einer geringeren Anzahl schwerer und teurer Fälle sowie niedrigeren Personalkosten bei Pflegekräften. Langfristig kommt es zu einer Verschlechterung der Versorgungsqualität.
3. Der Rat vertritt die Auffassung, dass es trotz unbestreitbarer Risiken notwendig ist, den Erhalt des Klinikums in öffentlicher Trägerschaft mit dem Anspruch der Maximalversorgung zu gewährleisten und die Überlebensfähigkeit zu sichern.
4. Der Rat stellt fest, dass wesentliche Ziele des Zukunftsabkommens, die auf den Anstrengungen des Klinikums Dortmund basieren, erreicht wurden. Eine Verschlechterung der Situation ist zu einem großen Teil auf externe Faktoren zurückzuführen. Dennoch ist es durch die bisher vorgenommenen Umstrukturie-

rungsmaßnahmen gelungen, eine erhebliche Annäherung an die Landesbasisfallwerte zu erreichen. Dies ist als günstige Ausgangsvoraussetzung für die nächsten Jahre zu werten.

5. Die bisherigen und geplanten Maßnahmen zur Erlösverbesserung sind konsequent fortzusetzen.
6. Der Rat hält es auf der Grundlage der vorliegenden Zukunftsszenarien für erforderlich, dass die Tarifparteien sich auf einen befristeten Notlagentarif verständigen, der geeignet ist, das Klinikum zu stabilisieren und einen Handlungsspielraum zu schaffen, der weitere zukunftsichernde Maßnahmen ermöglicht. Der Rat appelliert an alle Beteiligten, sich auf einen sozialverträglich gestalteten Beitrag zur Konsolidierung des Klinikums zu verständigen.
7. Der Rat fordert die Geschäftsführung auf, unterfinanzierte medizinische Angebote, die durch niedergelassene Ärzte abgedeckt werden können, (z.B. Bestellambulanz), sukzessive aufzugeben, um weitere Kosten zu senken. Falls keine Verständigung der Tarifparteien über einen Notlagentarifvertrag erfolgt, muss dieser Prozess entsprechend beschleunigt werden.
8. Der Rat anerkennt, dass Investitionen in den Neubau des zentralen OP- und Funktionszentrums notwendig sind, um die Wirtschaftlichkeit des Klinikums dauerhaft zu verbessern. Die Gewährung eines investiven Zuschusses in Höhe von 19,25 Mio Euro als Beitrag der Stadt zum Zukunftsabkommen II ist unumgänglich. Das Zukunftsabkommen II ist vom Rat in Gänze zu verabschieden. Der Haupt- und Finanzausschuss ist im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung über die Erreichung der Ziele des Zukunftsabkommens fortlaufend zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen

SPD Fraktion im Rat
der Stadt Dortmund

gez. Ernst Prüsse

f.d.R. Dr. Andreas Paust

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im Rat
der Stadt Dortmund

gez. Mario Krüger

f.d.R. Petra Kesper